

Schaffen wir das oder schafft Deutschland sich ab?

**Eine Auseinandersetzung über Deutschland,
den Islam und die Flüchtlingsfrage**

von

Gert Krell

Vortrag auf Einladung des Kunstverein Hofheim e.V.

am 12. Februar 2016

(Langfassung vom 12.2.2016 für die Webseite)

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Gert Krell, Im Langgewann 37, 65719 Hofheim

Webseite: www.gert-krell.de

1. Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*

Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen* war einer der größten Renner auf dem Buchmarkt seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland; schon im Erscheinungsjahr 2010 ging es in die 22. Auflage. Wochenlang war es das beherrschende Thema in den politischen Talk-Shows. Als ich mich 2013 in einem Büchlein kritisch mit *Deutschland schafft sich ab* auseinandersetzte und die Süddeutsche Zeitung um eine Rezension bat, bekam ich jedoch zur Antwort, die Kontroverse über Sarrazin sei ausgestanden und man wolle ihm keine weitere Aufmerksamkeit verschaffen. *Deutschland schafft sich ab* ist in der Tat eine Zeitlang in der Versenkung verschwunden, aber es gewinnt unter den jüngsten Entwicklungen wieder an Bedeutung. Anhänger der AfD berufen sich direkt auf Sarrazin oder benutzen Argumente und Formulierungen, die von ihm sein könnten. Und im September 2015 gab er der ZEIT ein Interview, in dem er sich zur aktuellen Flüchtlingsfrage ganz im Sinne der AfD äußerte.

Alles was er in *Deutschland schafft sich ab* geschrieben habe, habe sich nicht nur voll bestätigt, es sei weitaus schlimmer geworden. Die Geburtenarmut gehe unvermindert weiter, die Radikalisierung des Islam gehe weiter, das Auseinanderklaffen in der Bildungsleistung, die Veränderung ganzer Stadtteile, und alles werde sich jetzt noch durch die Zuwanderung verstärken. Deutschland müsse sich vor den Folgen der Zustände in anderen Ländern schützen; zu den Bedrohungen gehöre auch unregelmäßige, kulturfremde Einwanderung im Übermaß. Es sei ein Skandal politischer Unfähigkeit und Fantasterei, dass die Politik dreißig Jahre nach dem ersten Schengen-Abkommen nicht verstanden habe, dass man interne Grenzkontrollen nur abbauen könne, wenn man die äußeren Grenzen wirksam zu kontrollieren vermag; und das sei technisch absolut machbar. Ein Asylrecht wie das gegenwärtige bedeute, dass im Grunde 80 Prozent der Weltbevölkerung wegen ihrer heimatlichen Verhältnisse zu uns kommen könnten. Das sei auf Dauer nicht haltbar. Es gebe eine ganz große unterdrückte Wut und einen ganz großen Frust in Deutschland, der sich keineswegs auf Sachsen beschränke; Wut und Frust auf eine konzeptionslose und verfehlte Regierungspolitik in Sachen Einwanderung und Flüchtlinge (Die ZEIT Nr. 37 vom 10.9.2015, S. 6).

Ich kann hier meine Kritik an Sarrazin nicht im Einzelnen ausführen (siehe dazu Krell 2013), sondern nur exemplarisch in meine Erörterung der aktuellen deutschen Situation integrieren, in der ich mich auf den Umgang mit dem Islam und auf die Flüchtlingsfrage konzentrieren will. Über das eine oder andere in *Deutschland schafft sich ab* kann man durchaus diskutieren. Aber mit seiner Einbettung ethnischer und sozialer Ressentiment in fragwürdige Dysgenik-Diskurse¹ landet Thilo Sarrazin intellektuell im Niemandsland und politisch weit rechts von

¹ Dysgenik ist die Lehre von der Akkumulierung und Verbreitung von mangelhaften Genen in einer menschlichen oder tierischen Population. Der Begriff wurde wahrscheinlich zum ersten Mal von dem amerikanischen Zoologen, Eugeniker und Friedensaktivisten David Starr Jordan verwendet, der 1915 in seinem Buch *War and the Breed* [der Krieg und die Zeugung von Nachkommen] einen Zusammenhang zwischen Krieg und dem Niedergang von Nationen herstellte: Viele „erbgesunde“ Männer stürben als Soldaten im Krieg, der gleichzeitig die „schwächeren“ Daheimgebliebenen verschone (Wikipedia unter *Dysgenik* und *David Starr Jordan*).

der CDU/CSU. Es kann doch kein Zufall sein, dass es in einem führenden Organ der rechtsextremen Theoriebildung hieß: „Sarrazin hat uns Nationalisten (...) aus dem völkischen Herzen gesprochen“ (zitiert nach Kermani 2015, S. 126). Notorische Fremdenfeinde fühlen sich bestätigt und reagieren auf das Buch mit „das haben wir ja immer gesagt“. Andere, die umgekehrt skeptisch gegenüber jeder Kritik an Einwanderung oder an den Einwanderern bzw. Flüchtlingen sind, sagen eher, so ein rassistisches Buch lese ich erst gar nicht. Aber nicht alles, was Sarrazin an Problemen aufzeigt, ist falsch, wenn auch häufig verzerrt oder einseitig dargestellt. Wenn Sie ein Buch lesen wollen, das die real existierenden Probleme von Einwanderung heute aus einer durch und durch seriösen Perspektive ohne jeden Hauch von Rassismus oder Klassismus (damit meine ich eine verächtliche Haltung gegenüber der Unterschicht und den Armen – davon gibt leider auch reichlich bei Sarrazin) lesen wollen, dann greifen Sie zu Paul Scheffer, *Die Eingewanderten: Toleranz in einer grenzenlosen Welt*, das jetzt in zweiter Auflage neu erschienen ist.

2. Der Islam: Herausforderung oder Bedrohung?

In meinem Büchlein zur Sarrazin habe ich noch nicht den Aufstieg einer neuen fremden- und vor allem islamfeindlichen Bewegung und einer Partei wie der AfD vorausgesehen, obwohl damals schon erkennbar war, dass es ausreichend Potenzial dafür geben würde. Schon 2011 hatten bei einer Umfrage ca. 75 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern gesagt, sie hielten die Muslime für eine Last, obwohl nur 1,3 Prozent der Bevölkerung dort Muslime waren. In ganz Deutschland wollten damals schon etwa 50 Prozent den Muslimen die Ausübung ihrer Religion verbieten. Neue Untersuchungen über die Wahrnehmung des Islam in der Bevölkerung bestätigen eine „schichtenübergreifend weit verbreitete Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft“ (FR vom 22. Januar 2016, R 16). Mehr als die Hälfte der angestammten Deutschen fühlten sich vom Islam bedroht; gut 60 Prozent seien der Ansicht, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Selbst bei den Hochschulabsolventen sagt jeder Zweite, der Islam sei bedrohlich. Hassmails, gewalttätige Angriffe auf Muslime und auf Moscheen nehmen zu (SZ vom 21.1.2016, S.5).

Dabei wissen doch die meisten Menschen in Deutschland nur wenig über den Islam. Anstatt hier differenziert aufzuklären, hatte Thilo Sarrazin in *Deutschland schafft sich ab* eher die genannten negativen Pauschalurteile bedient. So schrieb er z.B., die Muslime in Deutschland und Europa unterlägen einem „fremden kulturellen und religiösen Einfluss, den wir nicht überblicken und schon gar nicht steuern können“ (S. 277). In diesem Sinne hat er sich an anderer Stelle dazu verstiegen, den von ihm als Verkörperung deutscher Leitkultur hoch geschätzten Johann Wolfgang Goethe als Mahner vor dem Islam hinzustellen; ein geradezu absurdes Missverständnis. Goethe hat den Islam verehrt, Bibel und Koran galten ihm als gleichgewichtig und als gleichberechtigte Dokumente zweier großer Religionen. Gewiss, seine eigene Religiosität korrespondierte nicht mit der Orthodoxie, aber bis in Details mit der mystischen Tradition des Islam. Er hielt dessen grundlegende Lehren, vor allem sein Gottes-

verständnis, für universal und fand es so in anderen und auch in seiner eigenen Religiosität wieder (so Kermani 2015b, S. 138f.).

Thilo Sarrazin hat in *Deutschland schafft sich ab* das aktuelle rechtspopulistische Diskussionsniveau schon vorgegeben. Mit für ihn typischer Polemik schrieb er damals im Brustton des wahren Experten: „In Deutschland arbeiten ein Heer von Integrationsbeauftragten, Islamforschern, Soziologen, Politologen, Verbandsvertretern und eine Schar von naiven Politikern Hand in Hand und intensiv an Verharmlosung, Selbsttäuschung und Problemverleugnung“ (S. 279). Obwohl er selbst einräumt, 95 Prozent der Muslime seien friedlich, sieht er in der Zweideutigkeit des Korans eine zentrale Ursache für fließende Übergänge vom Islam zum Islamismus und zur Gewalt. Wahrscheinlich hat Sarrazin nie gründlich in die Bibel geschaut, denn da gibt es auch eine Reihe von äußerst gewalttätigen und grausamen Aussagen bis hin zur Aufforderung Gottes zur völligen Vernichtung ganzer Völker. Auch der Gott der Bibel ist nicht nur lieb; durchaus großmütig, beschützend und sich erbarmend, aber auch zornig, rachsüchtig und mordlustig (vgl. Kermani 2015c, S. 159; reichlich Belege für Gewaltbefürwortung in der Bibel bei Lüdemann 2004; zum Thema Gewalt im Koran Kaddor 2015, S. 78-85, zur Barmherzigkeit im Islam Khorchide 2012).).

Nun gibt es durchaus echte Islam-Experten, die sagen, in der Struktur des Islam lägen Gewaltpotenziale, die im Christentum fehlten. Immerhin war der Begründer des Islam auch Machtpolitiker und Feldherr, der Kriege geführt hat, während das Leben Jesu eher durch Gewaltlosigkeit und das Kreuz definiert ist. Freilich hat die Leidensgeschichte Christi das Christentum nicht davon abgehalten, selbst in großem Stil Gewalt auszuüben und religiös zu rechtfertigen. Wenn wir also die berechtigte Frage stellen, was der Islam mit dem gewalttätigen Islamismus zu tun hat, dann dürfen wir auch der Frage nicht ausweichen, wie Auschwitz mit dem Christentum zusammenhängt – z.B. mit dem rabiaten und gewalttätigen Antijudaismus im Neuen Testament oder bei Martin Luther und mit dem Antisemitismus der Deutschen Christen und ihrer Kollaboration mit dem NS-Regime und der Judenverfolgung (dazu wieder Lüdemann 2004 und Biermann-Rau 2012). Sogar der kritische Islam-Experte Bernard Lewis schreibt: „Es gibt nichts in der islamischen Geschichte, das sich mit der Emanzipation, Akzeptanz und Integration Andersgläubiger und Ungläubiger im Westen vergleichen lässt. Ebenso gib es aber auch nichts in der Geschichte des Islams, das sich mit der Vertreibung der Juden und Muslime durch die Spanier, mit der Inquisition, der Ketzerverbrennung, den Religionskriegen vergleichen ließe, ganz zu schweigen von Verbrechen aus jüngerer Zeit“ (zitiert nach Scheffer 2016, S. 385).

Auch ohne Selbstgefälligkeit dürfen und müssen wir uns freilich große Sorgen um die dramatische aktuelle Entwicklungskrise im Islam und in einer Reihe von islamisch geprägten Ländern machen, so wie das viele Muslime selbst tun. Wieder komme ich auf Navid Kermani zurück, diesen Weisen aus dem Morgenland. Kaum jemand trauert mehr um den politischen und kulturellen Niedergang des Islam als dieser große deutsche Intellektuelle, dieser gläubige

Muslim und Verehrer der Poesie des Korans. In seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels führte er aus:

Es sind nicht nur die schrecklichen Nachrichten und noch schrecklicheren Bilder aus Syrien und dem Irak, wo der Koran noch bei jeder Schweinetat hochgehalten und bei jeder Enthauptung „Allahu akbar“ gerufen wird. Auch in so vielen anderen, wenn nicht den meisten Ländern der muslimischen Welt berufen sich staatliche Autoritäten, staatsnahe Institutionen, theologische Schulen oder aufständische Gruppen auf den Islam, wenn sie das eigene Volk unterdrücken, Frauen benachteiligen, Andersdenkende, Andersgläubige, anders Lebende verfolgen, vertreiben, massakrieren. Unter Berufung auf den Islam werden in Afghanistan Frauen gesteinigt, in Pakistan ganze Schulklassen ermordet, in Nigeria Hunderte Mädchen versklavt, in Libyen Christen geköpft, in Bangladesch Blogger erschossen, in Somalia Bomben auf Marktplätzen gezündet, in Mali Sufis und Musiker umgebracht, in Saudi-Arabien Regimekritiker gekreuzigt, in Iran die bedeutendsten Werke der Gegenwartsliteratur verboten, in Bahrein Schiiten unterdrückt, im Jemen Sunniten und Schiiten aufeinander gehetzt.

Gewiss lehnen die allermeisten Muslime Terror, Gewalt und Unterdrückung ab. (...) Ebenso zeigen die Flüchtlingsströme an, wo sich viele Muslime ein besseres Leben erhoffen als in ihrer Heimat: jedenfalls nicht in religiösen Diktaturen. (...) Und vergessen wir nicht, dass es an vorderster Front Muslime selbst sind, die gegen den „Islamischen Staat“ kämpfen, Kurden, Schiiten, auch sunnitische Stämme und die Angehörigen der irakischen Armee. Das muss man alles sagen, will man nicht dem Trugbild aufsitzen, das Islamisten und Islamkritiker wortgleich entwerfen: Dass der Islam einen Krieg gegen den Westen führt. Eher führt der Islam einen Krieg gegen sich selbst, will sagen: wird die islamische Welt von einer inneren Auseinandersetzung erschüttert, deren Auswirkungen auf die politische und ethnische Kartographie an die Verwerfungen des Ersten Weltkriegs heranreichen dürften (Kermani 2015e, S. 39).

Nun spielt sich die Krise des Islam, die seine eigene ist, auch wenn der Westen daran historisch und aktuell eine z.T. erhebliche Mitschuld trägt, nicht nur vor unserer Haustür ab, sondern auch in unserem eigenen Land. Das zeigt sich etwa bei den 7.000-10.000 Salafisten, die unser Demokratie- und Menschenrechtsverständnis ablehnen und aus deren Reihen sich bis Ende 2014 bis zu 1.500 Muslime dem sogenannten islamischen Staat angeschlossen haben; es zeigt sich aber auch in der zunehmenden Entfremdung eines Teils der dritten Generation muslimischer Einwanderer, der „Generation Allah“, wie sie der Psychologe und Islamismus-Experte Ahmad Mansour nennt (Mansour 2015). Zu viele junge deutsche Muslime identifizieren sich nicht mit dem westlichen Gesellschaftsmodell, in dem sie aufgewachsen sind. Auch wenn die Muslime in Deutschland im Allgemeinen so wenig mit dem IS zu tun haben wie die alteingesessenen Deutschen mit den Neo-Nazis oder radikalen Rechtspopulisten, beide Randgruppen sind eine Gefahr nicht nur für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit, sondern für die staatliche Ordnung; und beide Gruppen haben Zulauf.

Die Aufarbeitung der Verbrechen des NSU hat schwere Versäumnisse im Kampf gegen den Rechtsextremismus schonungslos aufgedeckt. Und bei der Aufklärung der gut 1000 gewalttätigen Angriffe auf Flüchtlingsheime im letzten Jahr kommt die Polizei kaum voran, nicht

zuletzt deswegen, weil die Täter von ihrem Umfeld gedeckt werden. Aber auch im Kampf gegen den radikalen Islamismus gibt es Mängel. So beklagen Terrorismus- oder Islamismus-Experten, Politik und Gesellschaft unterschätzten sowohl das Gewicht der radikalislamischen Bewegung als auch ihre ideologische Attraktivität. Zwar sei Terrorismus nichts Neues, er habe die Entwicklung moderner Gesellschaften immer begleitet. Grundmuster der revolutionären Theorie im radikalen Islamismus kennten wir auch aus dem europäischen Anarchismus, aus dem Antikolonialismus oder von der Neuen Linken mit dem Terror der RAF: die Glorifizierung der Gewalt, die Selbst-Heroisierung und die Verteufelung des Gegners, die Strategie der Polarisierung und der gezielten Provokation der „Herrschenden“ mit der Perspektive des großen Endkampfes, in dem die Mehrheit des Volkes, der Arbeiterklasse oder der Gläubigen dann den Sieg erringen werde. Was die „neuen Dschihadisten“ von diesen älteren staatenübergreifenden Bewegungen unterscheide, sei ihre große Zahl und ihre viel stärkere Globalisierung (Neumann 2015).

Im Kampf gegen den IS geht es um drei Ebenen: das Umfeld, also die Jugendlichen, die von den Extremisten ansprechbar sind; um die salafistische Szene und schließlich im Kern um die Gewalttäter. Das Umfeld besteht nicht nur, aber überwiegend aus jungen Männern, die soziale Probleme haben: Schwierigkeiten in der Familie, in der Schule, bei der Berufsausbildung. Religiös sind sie eher Analphabeten, gerade deshalb leicht verführbar durch die Dschihad-Romantik, die ihnen im Netz oder von den Werbern des IS angeboten wird. (Der Anteil von Frauen und Mädchen bei den Salafisten liegt inzwischen je nach Quelle bei 10 bis 30 Prozent, und einige Attentäter oder Auslandskämpfer des IS kommen durchaus aus beruflich und familiär gesicherten und gut etablierten Verhältnissen.)

Ahmad Mansur, der viel mit für Extremismus anfälligen jungen Muslimen arbeitet, warnt immer wieder davor, diese Menschen, die oft nach ersten schweren Erfahrungen des Scheiterns oder Fehlverhaltens eine zweite Chance brauchen, den Salafisten zu überlassen. Solange diese den gefährdeten jungen deutschen Muslimen oder Konvertiten als die besseren oder attraktiveren Sozialarbeiter erschienen, würden sich weiterhin zu viele von ihnen von unserer Werteordnung abwenden und im Extremfall als Auslandskämpfer anwerben lassen und als Inlandskämpfer zurückkommen. Wir bräuchten ein großes Netz von Psychologen, Sozial- bzw. Jugendarbeitern und Streetworkern, das bundesweit koordiniert und kontinuierlich finanziert werde. Wir bräuchten, so auch Lamya Kaddor, mehr Theologen für die Ausbildung von Imamen und mehr interreligiös gebildete Lehrer. Das Problem sei hier nicht zu viel, sondern zu wenig Islam! Nur für je nach Quelle 2 bis 10 Prozent der muslimischen Schüler in Deutschland gebe es Angebote für Islam- oder interkonfessionellen Religionsunterricht. Wir bräuchten mehr politische Bildung, mehr Diskussionen über aktuelle politische Ereignisse in den Schulen und eine aktive Auseinandersetzung mit der islamistischen Propaganda im Internet.

Wenn man vom Islamismus redet, dann darf man vom Islam nicht schweigen; aber wir müssen anders über den Islam reden als die Islamfeinde oder Pauschalkritiker. Vor allem aber sollten wir immer daran denken, dass uns die Probleme, Defizite, Fehler und Verbrechen, die

es zweifellos im Islam gibt, vielfach nur einen Spiegel unserer eigenen Geschichte vorhalten, die wir oft selbst erst seit kurzem, nach langwierigen Auseinandersetzungen, nur zum Teil und keineswegs überall überwunden haben; die also auch bei uns häufig noch sehr gegenwärtig ist: autoritär-patriarchale Familienstrukturen; schwarze Pädagogik, d.h. strafende und gewalttätige Erziehung, bei der die Religion als Disziplinierungsmittel und Herrschaftsinstrument eingesetzt wird; teilweise neurotische Sexualfeindlichkeit; Geschlechterhierarchie mit Abwertung und Diskriminierung von Frauen und Mädchen; Homophobie; sexualisierte Gewalt; religiöse Intoleranz und Buchstabengläubigkeit; Antisemitismus. AutorInnen mit muslimischem Hintergrund beklagen oft selbst, dass die islamischen Gemeinden in Deutschland nicht immer hilfreich bei der Prävention sind. Der Islam-Unterricht in den Moscheen z.B. sei noch viel zu traditionell-konservativ; da würden meist nur Texte auswendig gelernt, Reflexion oder gar kontroverse Diskussionen fänden nicht statt. Viele Imame sprächen nur schlecht Deutsch und hätten vielfach keinen Bezug zur Lebenswirklichkeit der jungen deutschen Muslime (vgl. Mansour 2015 oder Kaddor 2015).

Wenn wir den Ursachen für die zunehmende Radikalisierung unter hier aufgewachsenen muslimischen Jugendlichen (und dabei meine ich nicht die kriminellen Jugendbanden in einigen deutschen Großstädten; das ist ein Sonder-Problem) auf die Spur kommen wollen, dann müssen wir uns aber auch mit den Problemen beschäftigen, die ihnen die Mehrheitsgesellschaft macht. Mangel an Verwurzelung und Perspektiven und vor allem Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung spielen eine wichtige Rolle, wenn diese jungen Männer und Frauen nicht in unserer Gesellschaft heimisch werden und sich von ihr abwenden. Die zunehmende Islamfeindlichkeit in Deutschland ist der ideale Nährboden für den Salafismus; Salafismus und Islamhass sind letztlich zwei Seiten derselben Medaille.

Schon rein quantitativ sind die Rechtsradikalen und die radikalen Rechtspopulisten die weitaus größere Gefahr für die Demokratie und den Rechtsfrieden in Deutschland; das gilt für die Mitgliederzahlen ebenso wie für die deutlich höhere Zahl an Straftaten. Schon der Name PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) zeigt an, mit welchen Realitätsverlusten deutscher Wutbürger wir es hier zu tun haben: In Sachsen z.B., der Hochburg von PEGIDA, sind lediglich 0,4 Prozent der Bevölkerung Muslime, 0,002 Prozent Salafisten. Für den Kampf gegen den IS und für die dringend erwünschten Reformen im Islam brauchen wir die große Mehrheit der Muslime. Die werden wir nur dann aktiv auf unserer Seite haben, wenn wir uns zugleich „gegen diejenigen wehren, die sich als Retter des Abendlandes aufspielen, aber alles verraten, was an diesem Abendland liebens- und lebenswert ist“ (Kermani 2015f). Und wenn wir ein klares Bekenntnis nicht nur zur Religionsfreiheit, sondern auch zur Gleichbehandlung aller Religionen abgeben.

3. Die Flüchtlingsfrage: schaffen wir das?

Der aktuelle Zustrom von Flüchtlingen, meist unglücklich als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet, ist nach allgemeiner Einschätzung eine der größten Herausforderungen der deutschen Nach-

kriegsgeschichte. Diese Herausforderung hat sehr schöne Seiten Deutschlands deutlich erkennen lassen, alte und neue deutsche Tugenden im guten Sinne: Weltoffenheit, eine große Welle der Hilfsbereitschaft und des persönlichen Engagements und – trotz einiger eklatanter Blockaden und Schwierigkeiten – auch viel Organisationstalent; zugleich hat sie sehr hässliche Seiten verstärkt: engstirnige Provinzialität, aggressive, teilweise gewalttätige Fremdenfeindlichkeit, alten und neuen völkischen Nationalismus. Deutschland ist ein reiches und starkes Land, keine Frage; aber auch in Deutschland gibt es Mängel und Schwächen in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, die unter der Herausforderung, so viele Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, neues Gewicht bekommen. Einwanderung zwingt jede Gesellschaft zur Selbstprüfung. Ich möchte diese Probleme an drei Beispielen erläutern: der politischen Polarisierung, der wirtschaftlichen Integration und der Kriminalität.

3.1 Die politische Polarisierung

Die Antwort auf die Frage, ob wir die genannte Herausforderung bewältigen werden, hängt sehr davon ab, wer das „wir“ ist und was dieses „wir“ unter dem „das“ versteht, was zu schaffen sei. Das „Wir“ ist schon im eigenen Land sehr differenziert, teilweise sogar hoch polarisiert. Auf dem einen Flügel das kleiner werdende Lager der Xenophilen, die im Extremfall für volle globale Freizügigkeit eintreten, in der Regel aber „nur“ für das uneingeschränkte Recht auf Asyl und die Verpflichtung, Bürgerkriegsflüchtlinge zu schützen. Auf dem anderen Flügel das wachsende Lager der Xenophoben, die auf jeden Fall die Grenzen dicht machen und teilweise auch einen großen Teil der Flüchtlinge wieder aus Deutschland hinauskomplimentieren möchten; und im Extremfall gelegentlich schon direkt oder indirekt mit dem Bürgerkrieg drohen. Dazwischen die große zwischen Wohlwollen und wachsender Skepsis schwankende Mehrheit der Bevölkerung. Im September 2015 glaubten noch fast 60 zu 40 Prozent der Befragten, Deutschland könne die große Zahl an Flüchtlingen verkraften. Von einer einmaligen Ausnahme Mitte Dezember abgesehen, einer nochmaligen, aber nur noch knappen Mehrheit von gut 50 Prozent, überwiegt seit dem Oktober in der Öffentlichkeit die Skepsis. Nach dem Jahreswechsel hat sich die Stimmung völlig gedreht: Mitte Januar glaubten weniger als 40 Prozent daran, dass Deutschland „es“ schafft (also die große Zahl von Flüchtlingen verkraften kann); sechzig Prozent nicht mehr (vgl. die Graphik SZ vom 16./17. Januar 2016, S. 1, auf der Grundlage von Daten der Forschungsgruppe Wahlen). Anfang Februar waren etwa 80 Prozent der Meinung, die Regierung habe das Flüchtlingsproblem nicht mehr im Griff.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht nicht ganz uninteressant, dass der Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang Oktober gegen Ende eines Interviews mit der Journalistin Anne Will der sehr zweideutige Satz herausgerutscht ist: „Da habe ich überhaupt keinen Zweifel, dass wir das nicht hinkriegen“ (SZ vom 10.11. Oktober 2015, S. 3). Inzwischen hat sie das, was sie noch hinkriegen will, insofern qualifiziert, als die Zahl weiterer Flüchtlinge, die Deutschland noch verkraften könne, gegenüber 2015 deutlich reduziert werden soll. Die Aussage, wir schaffen das, lautet also jetzt: wir schaffen das, *wenn* es oder *nur wenn* es uns gelingt, den fortlaufenden Zuzug mehr oder weniger drastisch zu reduzieren. „Wir müssen es schaffen,

den Zuzug zu reduzieren“, so wörtlich auch der Vizekanzler und SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel auf der Vorstandsklausur seiner Partei in Nauen am 17. Januar (SZ 18.1.2016, S. 2). Damit entsteht aber eine weitere oder neue Frage: Schaffen wir *das* denn? Darüber, wie dieses zweite Das bewerkstelligt werden könnte, wird auch in der regierenden Koalition bekanntlich heftig gestritten.

Aus meiner Sicht wäre mehr Ehrlichkeit auf verschiedenen Ebenen der Debatte erforderlich. So meinen die einen, Einwanderung sei immer eine Bereicherung; die anderen, Einwanderer machten nur Probleme. Aus der Migrationsforschung wissen wir, dass Einwanderung immer mit Konflikten verbunden ist und dass erfolgreiche Integration das (gewaltfreie) Austragen dieser Konflikte voraussetzt. Und zur Bereicherung kann Einwanderung nur dann werden, wenn wir nicht nur den Schmerz derjenigen verstehen, die ihre alte Heimat verloren haben, sondern auch Rücksicht darauf nehmen, dass die Einheimischen mit ungewohnten Veränderungen konfrontiert sind (dazu Scheffer 2016, z.B. S. VI-IX). Weiter meinen die einen, Obergrenzen seien mit dem Asylrecht nicht vereinbar und widersprüchen unseren humanitären Prinzipien; außerdem sei es unmöglich, Grenzen wirksam zu schließen. Letzteres sagen häufig dieselben Menschen, die von der Türkei wirksame Kontrollen an *ihren* Grenzen erwarten, und zwar sowohl gegenüber Flüchtlingen wie gegenüber Kämpfern oder Unterstützern des Islamischen Staates. Wenn man will, kann man Grenzen schließen, wenn auch nicht vollständig. Viele Länder tun das, und Deutschland bezahlt schon seit Jahren meist undemokratische Regierungen in Afrika dafür, dass sie ihre jungen Leute, die unbedingt nach Europa wollen, im Land halten – zum Teil mit ziemlich brutalen Mitteln (vgl. Kermani 2015d). Und die immer noch eigentlich gültigen europäischen Asylregeln waren doch eine Art Mauer, die Deutschland um sich gezogen hat in Form aller zwischen den Fluchtländern und Europa liegenden anderen EU-Mitglieder und deren Überlastung es lange hingenommen hat.

Zu diskutieren ist, ob Deutschland seine Grenzen schließen *soll*, was vor allem hieße, dauerhaft und flächendeckend Grenzkontrollen einzuführen. Wer dafür ist, der muss sich damit auseinandersetzen, dass er damit aller Voraussicht nach unserer Wirtschaft schwer schaden und unseren Wohlstand gefährden würde. Die deutsche Ökonomie ist hochgradig arbeitsteilig vernetzt und auf zügige und pünktliche Zulieferung von Rohstoffen und Bauteilen sowie der Mitverarbeitung auf verschiedenen Stufen der Produktion angewiesen; Lagerhaltung gibt es kaum noch (vgl. dazu etwa SZ vom 22.1.2016, S. 17: „Ein Rückfall in die 80er Jahre: Die deutsche Wirtschaft schlägt Alarm“). Und wer Flüchtlinge in großer Zahl an der bayrischen Grenze zurückweisen will, der sollte bedenken, welche Probleme sich daraus nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die kleineren und wirtschaftlich schwächeren Länder auf der „Balkanroute“ ergeben können. Andere, die Einschränkungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen vermeiden wollen, verweisen häufig auf die Bekämpfung von Fluchtursachen. Gewiss könnte Deutschland im Rahmen der EU seine wirtschaftlichen Beziehungen zur Dritten Welt entwicklungsfreundlicher gestalten und – um nur ein Beispiel zu nennen – aufhören, deren heimische Märkte mit hoch subventionierten Agrarexporten zu zerstören. Dabei wird freilich

nicht gesagt, dass solche Veränderungen erst langfristig wirken würden (was nicht heißt, dass man sie unterlassen soll) und dass viele Fluchtursachen von Deutschland aus nur marginal oder gar nicht beeinflusst werden können. Dazu gehören die schweren Krisen im islamisch geprägten Nahen und Mittleren Osten oder die hohen Geburtenraten in Afrika, dessen Ökonomien auch bei allerbesten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen diesen Bevölkerungszuwachs nur teilweise zufriedenstellend integrieren können.

3.2 Wirtschaftliche Integration

Eine weitere Variante in der Grundsatz-Debatte lautet: Wir schaffen das, aber es wird teuer. Nun reden wir ja nicht über gezielte Einwanderung, bei der Kosten-Nutzen Gesichtspunkte überwiegen, sondern um Asyl oder Schutz für Flüchtlinge: Deutschland nimmt aus humanitären Gründen Menschen auf, die zu Hause verfolgt werden oder an Leib oder Leben gefährdet sind. Da aber viele Flüchtlinge offenbar längerfristig in Deutschland bleiben wollen, stellt sich natürlich die Frage, wie sie am besten integriert werden können, auf welche Belastungen sich der deutsche Sozialstaat auf Dauer einstellen muss und wer sie im Zweifel zu tragen hat bzw. wem Zuwendungen entgehen, deren Einlösung längst überfällig wäre.

Wie so oft sind sich die Fachleute nicht ganz einig über die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile von Migration für die Aufnahmeländer. Viele betonen die Vorteile: Migranten sind in der Regel jung und prinzipiell arbeitsfähig; so können sie helfen, negative demographische Effekte wie in Deutschland zu kompensieren und das Arbeitskräfteangebot zu stabilisieren (SZ vom 17.11.2015, S. 26). Verschiedene Studien argumentieren, Sorgen über Lohndruck oder Verdrängungswettbewerb auf den unteren Segmenten des Arbeitsmarkts seien unbegründet (vgl. FAS vom 20. Sept. 2015, S. 27: „Drücken die Flüchtlinge unsere Löhne?“). Andere Experten wiederum geben zu bedenken, dass es bei Zuwanderung immer Gewinner *und* Verlierer gibt (FAZ vom 25.1.2016, S. 17: Interview mit dem amerikanischen Migrationsforscher George Borjas), wie jetzt z.B. in der Türkei zu beobachten.

Als gesichert kann gelten, dass die erforderlichen Ausgaben für die Flüchtlinge kurzfristig wie ein Konjunkturprogramm wirken. Es werden mehr Lehrer eingestellt, Verwaltung, Justiz und Polizei brauchen auch mehr Personal; mehr Unterkünfte werden aufgestellt und mehr Häuser gebaut. Aber es entstehen in der Anfangszeit der Flüchtlingsaufnahme auch hohe Kosten für Unterbringung, Versorgung und Integration. Die Wohlstandsgewinne für Deutschland liegen in der Zukunft und lassen sich nur schwer präzise voraussagen; sie überwiegen die Kosten vermutlich erst ab 2020, in einem pessimistischen Szenario sogar erst ab 2025 (Berechnungen des DIW Berlin laut SZ vom 7./8. November 2015, S. 1). Als gesichert kann auch gelten, dass Einwanderung in den Arbeitsmarkt Deutschland eher nutzen, Einwanderung in sein Sozialsystem eher schaden wird. Grundsätzlich könnten Zuwanderer den Mangel an Fachkräften lindern, ein großer Teil von ihnen benötigt jedoch selbst Hilfe, um in den Arbeitsmarkt zu kommen. Das hat bisher leider nur schlecht geklappt, wie Alexander Hagelüken, Wirtschaftsexperte der Süddeutschen Zeitung, feststellt. Von den Asylbewerbern der vergangenen 20

Jahre gehe nur jeder zweite einer Beschäftigung nach, bei den einheimischen Deutschen sind es drei Viertel. Mehr als jeder zweite Asylbewerber habe als Ungelernter begonnen und sei es geblieben; für Ungelernte aber gibt es weniger Arbeitsplätze als früher. Zusammenfassend warnt er: „Bleiben viele Migranten vom Sozialstaat abhängig, steht das Land vor schweren Zeiten“ (SZ vom 12.2.2016, S. 17).

Das Bundesarbeitsministerium rechnet damit, dass durch die Flüchtlinge die Zahl der Arbeitslosen bis 2019 um eine Million auf mehr als sieben Millionen steigen wird. Das werden die einheimischen Langzeitarbeitslosen, für die gerade die Gelder zur Arbeitsförderung drastisch gekürzt wurden, nicht gerne hören. Zwar wächst die Zahl der Flüchtlinge, die eine Arbeit finden, aber auch die Zahl der Arbeitslosen und Hartz-IV-Bezieher unter den Menschen aus Kriegs- und Bürgerkriegsländern steigt erheblich. Im letzten Oktober waren mehr als die Hälfte aller in Deutschland lebenden Syrer auf Sozialleistungen angewiesen; ähnlich bei Afghanen und Irakern. Fehlende Sprachkenntnisse, auch gesundheitliche Einschränkungen aufgrund von Kriegserfahrungen spielen dabei eine Rolle; freilich auch Hindernisse, welche der Gesetzgeber oder die Bürokratie in Deutschland zu verantworten haben. Es gibt noch zu viele Regeln wie z.B. die Vorrangprüfung für Inländer oder extrem lange Wartezeiten bei Asylbescheiden oder Arbeiterlaubnissen, die auch anerkannte Asylbewerber vom Arbeitsmarkt fernhalten. Die Arbeitsagenturen und ihre Regeln für Hartz IV Bezieher sind geradezu aberwitzig überbürokratisiert, und Experten bezweifeln, dass das jetzt verabschiedete Reförmchen für mehr Effizienz sorgen wird (SZ vom 23.10.2015). Insgesamt sind die Strukturen offenbar traditionell nicht darauf angelegt, Flüchtlinge schnell in den Arbeitsmarkt zu bringen (so ein Experte des DIW, SZ vom 6.10.2015, S. 26; vgl. auch SZ vom 13.10.2015, S. 17: „Arbeitsmarkt: Tempo für Flüchtlinge“).

Die meisten Ökonomen setzten sich dafür ein, dass der Staat jetzt verstärkt Geld für Bildung, Fortbildung und Qualifikation der Flüchtlinge ausgibt, damit sie schneller integriert sind und schneller eine Stelle finden, sagt Clemens Fuest, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Das sei richtig, aber man solle es mit dem Optimismus nicht übertreiben, was das für die deutsche Wirtschaft bringe. Am Ende könnten die Flüchtlinge mehr kosten, als sie an Steuern zahlen (FAS vom 29.11. 2015, S. 25). Der Soziologe Paul Scheffer betont, der Arbeitsmarkt sei in unseren heutigen Wohlfahrtsstaaten generell kein so effizienter Integrationsmotor mehr wie bei früheren Wanderungsbewegungen ohne oder mit erschwertem Zugang zu Wohlfahrtsmaßnahmen. In einer Stadt wie Amsterdam nähmen mehr als die Hälfte der marokkanisch- oder türkisch-stämmigen Einwohner nicht mehr am Arbeitsprozess teil; in New York dagegen hätten mehr als 90 Prozent der Einwanderer der ersten Generation Arbeit. Die USA gewähren seit den neunziger Jahren Migranten für längere Zeit keine oder nur noch geringe Sozialleistungen (Scheffer 2016, S. 41f.).

Eines der Gebiete, auf dem es zu verschärfter Konkurrenz kommen wird, ist der hiesige Wohnungsmarkt, vor allem bei günstigen oder noch erträglichen Mieten in Ballungsräumen. Hier rächt sich, dass sich Bund, Länder und Kommunen schon seit längerem aus dem sozialen

Wohnungsbau zurückgezogen haben. Der Bestand ist von einst 6 Millionen Sozialwohnungen ist über 3,7 Millionen 1987 auf 1,4 Millionen 2013 geschrumpft; hinzu kommt eine geschätzte Fehlbelegung von etwa 30 Prozent, die von den Städten toleriert wird (FAS vom 11.10.2015, S. 2; Die ZEIT vom 10.12.2015, S. 56). Begünstigt durch zunehmend unsoziale Stadtplanung findet schon seit langem eine Verdrängung alteingesessener ärmerer Familien und Rentner zugunsten von kapitalkräftigen Mietern statt (SZ vom 26.1.2016, S. 11: „Klötzchenspiel: Viele deutsche Metropolen verspielen eine historische Chance auf eine gerechte Stadt“). Auch für Normalverdiener wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, die für 2014 von 335.000 Obdachlosen ausgeht, rechnet für 2018 mit einem Zuwachs auf 536.000, u.a. wegen der Einwanderung von Asylbewerbern (FAS vom 11.10.2015, S. 2).

Andererseits stehen in Deutschland neben 8 Millionen Quadratmeter ungenutztem Büroraum allein in den 19 größten deutschen Bürovierteln angeblich um die 1,8 Millionen Wohnungen leer. Nur befinden sich diese Wohnungen meist an der falschen Stelle. Wenn vom schrumpfenden Deutschland die Rede ist, dann wird oft vergessen, dass sich die demografischen Veränderungen *geografisch* sehr ungleichmäßig vollziehen. In vielen ländlichen Gebieten ist es schon schwierig geworden, ein hinreichendes und gleichmäßiges Angebot an Infrastruktur sicherzustellen, obwohl es beim Wohnraum ein Überangebot gibt. Manche Gemeinden in Grenzregionen überleben inzwischen nur dank holländischer oder polnischer Einwanderer. Dem steht gegenüber, dass Ballungszentren weiter wachsen. Die demografischen Probleme in Deutschland laufen also in unterschiedliche Richtungen, sie sind zu einem erheblichen Teil Folge von Binnenwanderung. Die Paradoxie: hier Leerstände und Verfall der Immobilienpreise, dort knapper Wohnraum und Mietnotstände verweist auf Anforderungen an Raumordnung und Strukturpolitik, die nicht nur von den niedrigen durchschnittlichen Kinderzahlen herrühren. So gibt es auch Kommunen in Deutschland, die sich wegen der genannten Schrumpfungsprozesse geradezu um Flüchtlinge reißen.

Wie groß der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum sein wird, ist aus den genannten Gründen kontrovers. So wird immer wieder eine Zahl von 350.000 bis 400.000 zusätzlichen Wohnungen für die nächsten Jahre genannt, die Hälfte davon groß und familiengerecht (SZ vom 11.1.2016, S. 2). Andere Schätzungen gehen von einem Bedarf von 650.000 Wohnungen, wieder nur für Flüchtlinge, zwischen 2016 und 2020 aus, glauben aber, dass 43 Prozent der zusätzlichen Nachfrage durch bislang leer stehende Wohnungen gedeckt werden können. Das gäbe einen Baubedarf von zusätzlich 75.000 Wohneinheiten pro Jahr (SZ vom 22.1.2016, S. 23). Etwas höher liegt eine Schätzung der Aktion „Impulse für Wohnungsbau“, die zusätzlich jährlich bis zu 80.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und weitere 60.000 bezahlbare Wohnungen in angespannten Wohnungsmärkten fordert (SZ 11.1.2016, S. 2). Die beiden baden-württembergischen Oberbürgermeister Richard Arnold aus Schwäbisch Gmünd (CDU) und Boris Palmer aus Tübingen (GRÜNE) schätzen den zusätzlichen Finanzbedarf auf 25 Mrd. Euro; das ist eine erhebliche Summe (die ZEIT vom 28.1.2016, S. 11).

Zumindest *ein* Autor würde das Bauen schlicht und einfach verbieten. Es komme darauf an, die bereits vorhandenen Wohnungen und Häuser besser zu nutzen. Selbst wenn man von den 1,8 Millionen leer stehenden Wohnungen (Statistisches Bundesamt, Zensus von 2011) diejenigen abzöge, die gerade saniert werden oder unbewohnbar sind, blieben immer noch 650.000 Geschosswohnungen übrig. Da seien leer stehende Einfamilienhäuser nicht einmal mitgerechnet, aber auch so reiche das bei dem üblichen Mindeststandard von 12 Quadratmetern pro Person für mindestens 4 Millionen Flüchtlinge (Die ZEIT vom 10.12.2015, S. 56). Das Problem dabei ist, dass diese Wohnungen nicht in den sogenannten Schwarmstädten liegen, sondern in den schrumpfenden Städten im Ruhrgebiet oder in den neuen Bundesländern und vor allem in ländlichen Regionen. So bliebe also die Verteilung neu zu regeln. Der Haken dabei wiederum: für die genannten Leerstände gibt es ja Gründe. Sie sind überwiegend deshalb entstanden, weil die deutschen Binnenmigranten daheim keine Perspektive mehr gesehen haben und deshalb in die Ballungszentren abgewandert sind. Arbeit aber brauchen auch die Flüchtlinge (SZ vom 12.1.2016, S. 4). Hier wäre also wieder Raumordnungs- und Strukturpolitik gefordert.

Alles in allem kommen eine Reihe von Problemen auf den deutschen Sozialstaat zu. So meint der Armutsexperte Christoph Butterwegge, es bestehe die Gefahr, dass nicht nur die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wachse, sondern auch die absolute Armut zunehme. Außerdem müssten wir u.U. mit einer dauerhaften ethnischen Unterschichtung der Gesellschaft rechnen. Gefordert sei eine „inklusive Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik, um der Ghettoisierung von Flüchtlingen und der Kriminalisierung von Migranten entgegenzuwirken. Wenn die Bundesregierung weiterhin Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung betreibe, dann könnte die wachsende soziale Ungleichheit den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden (FR vom 11.2. 2016, S. 10).² Georg Cramer, der Generalsekretär der Caritas, hält solche Ansagen für übertrieben, aber auch er mahnt, die klassischen Risikogruppen nicht aus den Augen zu verlieren: die Langzeitarbeitslosen, die mehr Hilfe zur Integration oder auch öffentliche Beschäftigung brauchen; die Alleinerziehenden, für die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden muss; die wachsende Gruppe von älteren Menschen, deren Minirente nicht ausreicht; und die Kinder, die ohne Abschluss die Schule verlassen (SZ vom 12.2.2016, S. 22).

3.3. Kriminalität

Der heikelste Punkt in der Diskussion über Menschen mit Migrationshintergrund oder Flüchtlinge ist die Kriminalität. Wie schnell hat sich in Deutschland eine neurotische Gerüchteküche über kriminelle Ausländer, vor allem über Vergewaltigungen oder Überfälle auf Geschäfte und Supermärkte herausgebildet, die auch dann noch geglaubt wird, wenn die

² Sarrazin hatte in *Deutschland schafft sich ab*, noch behauptet, die Ungleichheit nehme nicht zu. Das war schon zurzeit der Veröffentlichung seines Buches eine sehr kühne These, und verschiedene neuere Untersuchungen bestätigen, dass sich die Schere bei den Einkommen und vor allem den Vermögen immer weiter öffnet (vgl. etwa SZ vom 26.1.2016, S. 4).

Polizei die unterstellten Sachverhalte immer wieder dementiert! Besonders infam sind diese Gerüchte, wenn sie gezielt für politische Zwecke missbraucht werden, z.B. von radikalen Rechtspopulisten oder Neo-Nazis und neuerdings sogar von der russischen Regierung in Verbindung mit ihren staatstreuen Medien, denen keine Lüge zu schade ist, um von der Misere im eigenen Land abzulenken und den Westen für alle Übel verantwortlich zu machen; neuerdings sogar für die aktuelle Grippewelle. Wenn es eine Lügenpresse oder ein Lügenfernsehen gibt, dann ist es hier zu besichtigen. Aber es wird von Tausenden von Russland-Deutschen gesehen und für wahr gehalten.

In diesem Zusammenhang wäre deshalb vorab noch einmal darauf hinzuweisen, dass Migranten oder Flüchtlinge in Deutschland eine bevorzugte Opfergruppe deutsch-deutscher Neo-Nazis sind; was Thilo Sarrazin schon hätte wissen können, aber in seinen Erörterungen über den Niedergang Deutschlands nicht einmal erwähnt hat. Dass der deutsche Staat sich bei der Verfolgung der NSU-Täter, dem Schutz der möglichen Opfer und dem Umgang mit den tatsächlichen Opfern auf vielfache Weise skandalös blamieren würde, war damals freilich noch nicht erkennbar, aber es gibt der Diskussion über „die kriminellen Ausländer“ noch einmal eine beschämende Wendung. Die rassistische Dimension dieses eklatanten Versagens der Sicherheitsbehörden zeigt sich dramatisch in einer Analyse im Auftrag der Innenminister von Baden-Württemberg und Bayern von 2007, in der es hieß: „Vor dem Hintergrund, dass die Tötung von Menschen in unserem Kulturkreis mit einem hohen Tabu belegt ist, ist abzuleiten, dass der Täter hinsichtlich seines Verhaltensystems weit außerhalb des hiesigen Normen- und Wertesystem verortet ist.“ Wahrscheinlich sei, dass die Täter im Ausland aufwuchsen und immer noch dort lebten (vgl. Krell 2013, S 76). Mit anderen Worten: Alteingesessene Deutsche morden nicht, so etwas tun nur Ausländer. Dabei hätten die Behörden längst wissen können, wenn sie es denn hätten wissen wollen, dass hier alteingesessene Deutsche mordeten, und zwar nur, weil sie andere Deutsche, die sie als „Ausländer“ definierten, nicht mochten.

Was nun die tatsächliche Kriminalitätsbelastung von Deutschen mit Migrationshintergrund, Flüchtlingen oder anderen Ausländern angeht, so sind eine Reihe von Vorbemerkungen zu machen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst vielfach nicht Täter, sondern Tatverdächtige, das heißt jeden „der nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis, aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, eine rechtswidrige (Straf-)Tat begangen zu haben“ (vgl. Krell 2013, S. 70). Ausländer werden aber häufiger kontrolliert, geraten schneller unter Tatverdacht und werden bei Straftaten eher angezeigt als Menschen ohne erkennbaren Migrationshintergrund. Es gilt auch zu bedenken, dass Gruppen, die kulturübergreifend für Kriminalität besonders anfällig sind, wie Männer und Jugendliche, vor allem also jugendliche Männer, in der Zuwanderungsbevölkerung überproportional vertreten sind. Zuwanderer ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind aber nicht nur überproportional junge Männer, sondern sie leben auch vermehrt in Großstädten, gehören eher der unteren Einkommensschicht an und haben insgesamt ein niedrigeres Bildungsniveau; alles Faktoren, die sich auf die Kriminalitätsbelastung auswirken.

Unter Berücksichtigung solcher Kriterien näherte sich die Kriminalitätsbelastung bei Deutschen mit Migrationshintergrund oder Ausländern zu Zeiten von Sarrazins Deutschland-Buch der Statistik bei den alteingesessenen Deutschen an; bei der Gruppe ausländischer Tatverdächtiger mit sicherem Aufenthaltsstatus wie Arbeitnehmern, Studenten/Schülern und Gewerbetreibenden lag sie nicht höher als bei deutschen Tatverdächtigen. Es blieb freilich bei den Einwanderern eine höhere Beteiligung an Gewaltverbrechen. Erwähnt werden muss auch, dass die Gewalt *innerhalb* der Familien mit Migrationshintergrund über dem allgemeinen Durchschnitt lag (Krell 2012, S. 71,75). Untersuchungen zu jüngeren Entwicklungen und zur aktuellen Lage geben keinen Anlass zu Pauschalurteilen, aber sie machen bestimmte Problembereiche auf beiden Seiten deutlich. So kommt eine Studie des Bundeskriminalamtes vom November 2015 zu dem Ergebnis, die Kriminalität habe insgesamt trotz des großen Zuzugs von Zuwanderern nur geringfügig zugenommen. Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte und Asylbewerber dagegen seien quantitativ und qualitativ stark angestiegen. Bei den Straftaten von Zuwanderern handle es sich zumeist um weniger schwere Delikte wie kleinere Diebstähle, Vermögens- und Fälschungsdelikte, darunter hauptsächlich Schwarzfahren. In den Erstaufnahmeeinrichtungen habe die Kriminalität freilich deutlich zugenommen; Schwerpunkte seien Vermögensdelikte wie Raub sowie Körperverletzungen. Hier lägen die Fallzahlen weiter über dem allgemeinen Durchschnitt. Die Geschädigten seien dabei meist auch Asylbewerber (SZ vom 14./15.11.2015, S. 6; FAS vom 20.9.2015, S. 9)

Hinzu kommen spezielle Problemgruppen. Einige davon gibt es schon seit längerem, andere wie die Jugendbanden aus Nordafrika machen sich erst seit kurzem bemerkbar. Nicht zuletzt wegen der dramatischen Ereignisse in der Silvesternacht sagen auch besonnene führende Kriminalbeamte, wir müssten offener über Kriminalität bei bestimmten Ausländern reden, auch im Interesse der großen Mehrheit der Migranten und Flüchtlinge, die vielfach selbst von den Straftaten betroffen sind. Besonderes Augenmerk sei dabei auf Stadtviertel zu richten, in denen sich zunehmend Rechtlosigkeit breit gemacht habe und in denen es der Polizei nicht mehr gelinge, der staatlichen Rechtsordnung Geltung zu verschaffen, in denen sie sogar häufig selbst massiv und gewalttätig angegriffen werde. Ich zitiere aus einem jüngeren ausführlichen Zeitungsbericht (SZ vom 16./17.1.2016, S. 6):

So gab es (nicht nur in Düsseldorf, sondern) auch in der Nachbarstadt Köln im vergangenen Jahr eine „rasante Entwicklung“ von Straftaten, die Männer aus Algerien, Marokko und Tunesien begangen haben, sagt der Leiter der Kölner Kriminalpolizei (...). Etwa 2000 Jugendliche und junge Erwachsene „ohne irgendeine soziale Bindung“ seien mit mehr als 3500 Delikten aufgefallen, überwiegend Taschendiebstähle und Raubüberfälle. Gewalt- und Sexualstraftaten jedoch kaum (...) In Duisburg, Essen, Gelsenkirchen und Dortmund haben sich Bereiche entwickelt, die selbst von der Polizei als No-Go-Areas beschrieben werden. Junge Zuwanderer begehen massenweise Straftaten (...) Die Polizei habe nicht genug Leute, um diesen Kriminellen beizukommen (...) Die Wesseler Straße in Duisburg zählt die Polizei zu den unsichersten in ganz Nordrhein-Westfalen (...) Einfache Verkehrskontrollen enden in Massenaufläufen, in roher Gewalt gegen Polizisten. „Die Erfahrung zeigt, dass insbesondere die libanesischen Großfamilien in der Lage sind, durch einen

Telefonanruf mehrere Hundert Personen zu mobilisieren“, heißt es in einem Lagebericht der Duisburger Polizei. In einem anderen Viertel wird die Lage so beschrieben: „Die Straße wird faktisch als eigenes Hoheitsgebiet angesehen. Außenstehende werden zusammengeschlagen, ausgeraubt und drangsaliert. Straftaten gehören zur Freizeitbeschäftigung.“

In Düsseldorf und Köln sind es vor allem Nordafrikaner, die die Polizei beschäftigen. Im Ruhrgebiet libanesischen Familien, Kurden und auch Roma. Es gibt die Problemviertel in Essen, Dortmund und in Gelsenkirchen. (...) In Duisburg habe die Polizei vor etwa acht Jahren beobachtet (sagt ein Personalrat), dass im Norden etwas kippt, dass einfache Einsätze zu Massenaufmärschen führen, dass die Beamten „einem Mob gegenüberstehen, der keinerlei Respekt hat.“

In Gelsenkirchen beschreibt es ein interner Polizeibericht so: „Beamte werden ohne Anlass von einer größeren Menschenmenge (übelst und vulgär) beleidigt, bedrängt, bedroht, angegriffen und immer wieder rassistischen Vorwürfen ausgesetzt.“ Einmal wurde eine Beamtin mit einer Dachlatte angegriffen, die mit Nägeln gespickt war. Es gab Versuche der Gefangenenbefreiungen. Es gab „Zahnverlust, Finger- und Handbrüche, Entstellungen durch Hämatome.“ Es sind wieder libanesischen Großfamilien, die bei geringstem Anlass zusammenkommen.

Inzwischen wächst bis weit in die linksliberale, ja in die linke politische Szene die Sorge um unsere Rechtsordnung, wächst das Verständnis dafür, dass auch der demokratische Staat ausreichend ausgestattete, qualifizierte und effiziente Sicherheitsbehörden braucht. Polizei und Justiz sind jedoch offenbar chronisch überlastet und seit längerem personell weit unterbesetzt; der Bund und die Gebietskörperschaften haben hier zu viel und falsch gespart. Die Berliner Richterin Kirsten Heisig hatte schon vor Jahren in ihrem Kampf gegen rechtsradikale Jugendliche energisch dafür geworben, deren Straftaten *zügig* zu ahnden. Nur so bestünde eine Chance, diese Menschen (meist junge Männer) zum Respekt vor unserer Rechtsordnung zu bekehren und zur Umkehr zu bewegen (vgl. Heisig 2010). Aktuell gibt es wieder neue Gesetze und immer wieder politische Ankündigungen, Straftäter würden mit der „Härte des Rechts“ konfrontiert. Doch erstens ist manchmal sanftes Recht viel sinnvoller als hartes, und zweitens nützt die beste Abschreckung nichts, wenn es nur bei der Drohung bleibt. Ein Recht, das nicht durchgesetzt wird, ist kein Recht.

Und so mahnt aktuell sogar der Journalist Heribert Prantl, einer der engagiertesten Verfechter einer liberalen und humanen Rechtsordnung, die jetzt angekündigten Ausweisungen von Nordafrikanern seien ein reiner Papiertiger, sie kratzen keinen Täter. Das geltende Recht habe viel mehr Zähne als man landläufig meine. Diese Zähne müssten viel schneller gezeigt werden, als es normalerweise der Fall sei. Möglichkeiten zum beschleunigten Strafverfahren gebe es längst: Urteil ein paar Tage nach dem Diebstahl, Haft ohne Bewährung; das wirke. In der Praxis aber fehlten für diese Verfahren die Richter, weil die Justiz nur über maximal 80 Prozent des benötigten Personals verfüge. Auch für eine effektive Reaktion auf die Taten in Köln stünde das Instrumentarium zur Verfügung. Es gebe nur zu wenig Leute, um es angemessen zu handhaben (SZ vom 28.1.2016, S. 4). Wenn Sie am 11. Februar die Sendung *Kontraste* gesehen haben, dann wissen Sie aber auch, was es unabhängig vom Personal bedeutet, wenn die Politik entschlossen handelt wie in München oder alles schleifen lässt wie in Berlin.

4. Wer schafft wen oder was? Lage und Perspektiven

Deutschland ist ein starkes und wohlhabendes Land; noch – füge ich hinzu, denn die weltwirtschaftlichen Signale stehen keineswegs mehr auf satt grün, selbst eine neue Bankenkrise lässt sich nicht ausschließen. Von Deutschland kann man also erwarten, dass es sich für die Notlage anderer Menschen interessiert und ihnen beisteht. Und warum sollen wir nicht auch einmal stolz sein auf dieses Land, wenn es nicht nur bei einer zugegeben erschlichenen Fußballweltmeisterschaft ein guter Gastgeber war, sondern auch und erst recht Abertausenden von Flüchtlingen gegenüber. Aber vielleicht gibt es auch einen Fluch der guten Tat. Wahrscheinlich hat die Bundeskanzlerin die Folgen ihres beherzten und aus dem Herzen kommenden Aufnahmesignals unterschätzt. Sie hat es gar nicht als ein pauschales Signal gesehen, aber so ist es in der inzwischen kommunikativ in Realzeit vernetzten Welt vielfach verstanden worden. Ihre Herzlichkeit in der Flüchtlingsfrage ist von Tausenden Freiwilligen in Deutschland aufgenommen und gespiegelt worden, aber es wurden bald auch Grenzen der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft deutlich. Die materiellen und politischen Kosten für Unterbringung, Versorgung und Integration sind erheblich; schon länger bestehende sozial- und rechtsstaatliche Versäumnisse machen sich nun deutlicher bemerkbar. Und es zeigt sich, dass Deutschland nicht nur eine Million oder mehr Flüchtlinge integrieren muss, sondern auch Teile seiner alt- und seiner jungdeutschen Bevölkerung, sei es ohne oder mit Migrationshintergrund, die noch nicht oder nicht mehr im demokratischen Rechtsstaat heimisch sind, sondern sich zunehmend davon abkoppeln; die einen mit Gewalttaten und anderen Verbrechen, die anderen mit Wutbürgerei, völkischem Nationalismus und mit Hetze gegen Ausländer, die etablierte Politik und die demokratischen Medien. Deutschland ist ein nervöses Land geworden, und es hat den ersten größeren Anschlag von Islamisten noch vor sich.

Die Nervosität ist auch deshalb groß, weil das stabile demokratische Zentrum die Sicherheit verloren hat, dass „wir“ „das“ schaffen. Viele Kommunen und Landkreise lassen durchblicken, dass ihre Aufnahmefähigkeit entweder erschöpft ist oder in absehbarer Zeit sein wird. Es ist nicht nur ein Gebot praktischer Vernunft, sondern auch der Ethik, dass man nur so viele Menschen aufnehmen soll, wie man gut versorgen kann – das wäre auch im Sinne der Flüchtlinge. In dem Film *Das Golddorf*, der eine Gruppe von Asylbewerbern in einem bayrischen Dorf über mehrere Jahre beobachtet hat, bekommt einer von ihnen schließlich nach vier Jahren seinen positiven Asylbescheid. Er ist schon so zermürbt, dass er sich darüber gar nicht mehr freuen kann. Er sagt, wenn er es noch einmal zu tun hätte, würde er sich nicht wieder bewerben. Ich empfehle auch die Lektüre des Falles von Abid aus Offenbach, den Ahmed Mansur beschreibt. Abid stammt aus einer palästinensischen Familie, die durch Vertreibung und Krieg mehrfach traumatisiert nach Deutschland kam, aber nur über Kettenduldung hier bleiben durfte. In seinem Abiturjahrgang gehört Abid zu den Besten, aber über seiner ganzen Kindheit und Jugend steht die Unsicherheit seines Status. Jedes Mal wenn seine Mutter einen Polizeiwagen auch nur sah, wurde sie von der Angst vor Abschiebung erfasst. Nur geduldet war die Familie aber nicht nur rechtlich, sondern auch emotional. Außenseiterstatus und

Stigmatisierung gehören zu den Grunderfahrungen von Abid, der schließlich bei den Salafisten landet. Er wird kein Gewalttäter, aber für die Wertordnung unserer Gesellschaft ist er verloren (Mansour 2015, S. 156-171).

Und wie lässt sich rechtfertigen, das Deutschland arabische Jugendliche aufnimmt, die so gut wie keine Chance auf Asyl haben, aber auch nicht abgeschoben werden können, weil ihre Identität unklar ist oder ihre Herkunftsländer sie nicht zurücknehmen! Deutschland lässt sie hier in einem Niemandsland ohne jede Perspektive. „Keine Arbeit, keine Zukunft, nicht zurück“, sagt einer von ihnen in einem Gespräch mit einem Journalisten. Die Afrikaner hätten gelernt, wie sie das deutsche Asylrecht unterwandern, indem sie ihre Identität gegen einen geduldeten Aufenthalt eintauschen, heißt es weiter. Gleichzeitig verbauten sie sich dadurch die Chance auf ein legales Leben. Das veraltete deutsche Asyl- und Aufenthaltsrecht habe es verpasst, diesen Menschen eine Chance zu geben, und jetzt zitiere ich wörtlich: „So sind die afrikanischen Dealer, die in der (Dortmunder) Nordstadt an der Ecke stehen, ein Problem der deutschen Bürokratie. Die sich nicht zur Klarheit zwingt. Zu einem klaren Ja oder einem klaren Nein“ (FAS vom 17.1. 2016, S. 4).

In der zentralen Kernfrage der weiteren Flüchtlingspolitik zwingt sich auch die große Politik bislang nicht zu einem klaren Ja oder Nein. Die Vorschläge einer zahlenmäßigen Begrenzung von Seiten der CSU und zuletzt von Julia Klöckner klingen nur scheinbar plausibel; sie wären rechtlich fragwürdig und mit erheblichen Problemen der Unterbringung, Prüfung, Verteilung oder der Abweisung der „überzähligen“ Flüchtlinge an der bayrischen Grenze und ihrer „Zurückschleusung“ auf der Balkanroute verbunden. Insofern ist es richtig, dass die Kanzlerin weiter keine Obergrenze möchte; sie setzt noch auf die europäische Option. Aber in der Asylfrage zeigt sich, ähnlich wie schon in der der Eurokrise, wie sehr die typischen halben Lösungen der EU zwischen Integration und nationalstaatlicher Souveränität in außergewöhnlichen Situationen unter Druck geraten. Das Umsetzungs-Defizit der Dublin-Regeln für die Aufnahme von Asylbewerbern, vor allem die ungeklärten Verteilungsfragen, wären auch ohne Frau Merkels Entscheidung immer dramatischer geworden, aber die Konsequenz ihres einsamen Beschlusses war, dass in der Umkehrung der alten Verhältnisse jetzt Deutschland die Hauptlast trägt und seinerseits auf eine Gemeinschaftslösung angewiesen ist.

Eine solche solidarische EU-Regelung in der Flüchtlingsfrage zu entwickeln, erweist sich bekanntlich als schwierig. Der Deal mit der Türkei, der sie veranlassen soll, mehr Flüchtlinge im Lande zu halten, kommt nur dann zustande, wenn andere europäische Länder ihren Part übernehmen. Griechenland ist ohnehin in einer wirtschaftlichen und politischen Krise und offenbar nur eingeschränkt handlungsfähig. Alle europäischen Regierungen stehen unter dem Druck fremdenfeindlicher Parteien, einige sind selbst völkisch-fremdenfeindlich; immer mehr schotten sich ab. So kann es passieren, dass die Strategie, das deutsche durch ein europäisches „wir schaffen das“ zu ersetzen, nicht aufgeht (so sogar Kermani 2016). Die Skepsis selbst unter den die Politik der Kanzlerin noch tragenden Kräften ist groß. Wenn es gut läuft, dann gibt es am Ende immerhin eine kleine europäische Lösung mit verbesserten Grenzkontrollen

in der Türkei und in Griechenland und mit der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen wenigstens in ein paar EU-Ländern. Bis dahin werden die Fluchtbewegungen eher noch zunehmen.

Welche Optionen bleiben, wenn die geplante europäische Lösung nicht gelingt oder nicht ausreicht? Selbst wenn die Regierung dann das Asylrecht und den subsidiären Schutz weiter bis zur Unkenntlichkeit verwässerte, würde sie die Bevölkerung auch für 2016 auf einen sehr großen Zuzug von Flüchtlingen vorbereiten müssen. Als einzige Alternative dazu bliebe m.E. nur, zumindest vorübergehend, ein de facto Aufnahmestopp von Asylbewerbern oder Bürgerkriegsflüchtlingen auf dem Landweg in Absprache mit den Ländern auf der „Balkanroute“ (ähnlich Heinrich Wefing in Die ZEIT vom 4.2.2016, S. 2-3); rechtlich zulässig abgesichert durch die Drittstaatenregelung. (Ein offenes Aussetzen des Asyls wäre ehrlicher, aber in Deutschland nicht verfassungskonform.) Das wäre ein deutliches Signal an alle Herkunftsländer, so wie es einige Migrationsexperten inzwischen fordern; zugleich ein Signal, das der Schleuserindustrie den Wind aus den Segeln nehmen könnte.

Dieses Signal müsste freilich mit wirksamen Kompensationen verbunden werden, z.B. mit einer großzügigen Aufstockung der deutschen Unterstützung für die Flüchtlingshilfe der VN und für schwer belastete Länder wie Jordanien, den Libanon oder die Türkei; denn in Syrien selbst oder in der Türkei müssen weitere Flüchtlingslager eingerichtet und ausreichend ausgestattet werden. Ein Kollege von mir hat sogar vorgeschlagen, die EU oder der UNHCR oder beide zusammen sollten sogenannte Refugien aufbauen, also längerfristige exterritoriale Flüchtlingssiedlungen außerhalb der EU oder in Grenznähe auf dem Territorium der EU und unter ihrer Jurisdiktion (Jahn 2015). Außerdem muss Deutschland den Stopp für den Landweg mit der Zusage einer kontinuierlichen Aufnahme von Kontingentflüchtlingen in einer Größenordnung um 200.000 oder auch mehr pro Jahr kombinieren. Parallel dazu sollten, das ist eh überfällig, Möglichkeiten für legale Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten auf Bewerbung vom Ausland aus geschaffen und sollte unsere gesamte Außenpolitik, einschließlich der Außenhandelspolitik, entwicklungsfreundlicher ausgerichtet werden; wären aber auch die großen Menschenschlächter in den Herkunftsländern deutlicher an den Pranger zu stellen.

Auch für die Verpflichtung zur Asyl- und Schutzgewährung gilt der allgemeine Rechtsgrundsatz des „ultra posse nemo obligatur“: Niemand muss mehr leisten als seinen Möglichkeiten entspricht. Mit dem von mir vorgeschlagenen Programm würde Deutschland immer noch viel mehr für Flüchtlinge tun als fast alle anderen EU-Länder. Mein Kollege Egbert Jahn warnt in seiner eindringlichen Analyse der Flüchtlingsproblematik am Schluss: „Je mehr Flüchtlinge kommen, zudem noch innerhalb kurzer Zeit, desto eher wird ihre Integration scheitern“ (Jahn 2015, S. 23). Das letzte Jahr hat uns Grund zur Skepsis, aber auch zu Optimismus gegeben. Und so möchte ich zum Abschluss Giovanni di Lorenzo von der ZEIT zitieren: „Mit dem Eingeständnis unserer Grenzen schaffen wir nicht das Ende unserer Willkommenskultur, sondern die Voraussetzung für ihren Erfolg“ (Die ZEIT vom 3.12.2015, S. 1).

Für Anregungen und Kritik danke ich Martin Altmeyer, Egbert Jahn und Dieter Senghaas.

Literatur

Sibylle Biermann-Rau 2012: *An Luthers Geburtstag brannten die Synagogen. Eine Anfrage*, Stuttgart

Egbert Jahn 2015: *Wir schaffen das (nicht)! Die Ratlosigkeit der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik*, Frankfurter Montags-Vorlesungen zu Politischen Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive, Frankfurt am Main, 2. und 16. November (<http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46500384/ejahn>)

Lamya Kaddor 2015: *Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen*, München-Berlin

Navid Kermani 2015: *Zwischen Koran und Kafka. West-östliche Erkundungen*, 3. Aufl., München

Ders. 2015a: *Die heroische Schwäche. Lessing und der Terror*, in: Kermani 2015, S. 90-120

Ders. 2015b: *Gott-Atmen. Goethe und die Religion*, in: Kermani 2015, S. 121-147

Ders. 2015c: *Schmutz meiner Seele. Kleist und die Liebe*, in: Kermani 2015, S. 148-162

Ders. 2015d: *Nach Europa. Zweig und die Grenzen*, in: Kermani 2015, S. 245-272.

Ders. 2015e: *Jacques Mourad und die Liebe in Syrien. Rede zur Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 18. Oktober 2015 in der Frankfurter Paulskirche*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/15, S. 35-48

Ders. 2015f: *Wir wehren uns. Rede bei der Trauerkundgebung für die Opfer der Pariser Anschläge auf dem Kölner Appellhofplatz, 14.1.2015*, www.zeit.de/215/03/anschlag-paris-muslimen-gegenwehr

Ders. 2016: *Einbruch der Wirklichkeit. Auf dem Flüchtlingstreck durch Europa*, München

Mouhanad Khorchide 2012: *Islam ist Barmherzigkeit. Grundzüge einer modernen Religion*, Freiburg

Gert Krell 2013: *Schafft Deutschland sich ab? Ein Essay über Demografie, Intelligenz, Armut und Einwanderung*, Schwalbach

Gerd Lüdemann 2004: *Das Unheilige in der Heiligen Schrift. Die dunkle Seite der Bibel*, 3. Aufl., Springe

Ahmad Mansour 2015: *Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen*, 3. Aufl., Frankfurt am Main

Peter R. Neumann 2015: *Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus*, 2. Aufl., Berlin

Thilo Sarrazin 2010: *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, 22. Aufl., München

Paul Scheffer 2016: *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt*, 2. Aufl., München

Süddeutsche Zeitung (SZ)

Frankfurter Rundschau (FR)

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS)

Die ZEIT